

**Anfrage Stadelmann Eggenschwiler Lotti und Mit. über einen neuen Konzessionsvertrag der CKW mit einem Grossteil der Einwohnergemeinden des Kantons Luzern (A 432).****Eröffnet: 7. April 2009 Finanzdepartement in Verbindung mit Justiz- und Sicherheitsdepartement****Antwort Regierungsrat:**

1. Der Kanton Luzern ist mit rund 9 Prozent Aktien an der CKW beteiligt. Wie macht der Regierungsrat seinen Einfluss gegenüber dem Inhalt des neuen Konzessionsvertrages und der Preispolitik der CKW geltend?

Der Konzessionsvertrag regelt zur Hauptsache die Inanspruchnahme des öffentlichen Grundes der Gemeinde durch die elektrischen Verteilanlagen der CKW und die dafür von der CKW der Gemeinde zu leistende Entschädigung (Konzessionsgebühr). Die Preispolitik der CKW ist nicht Vertragsbestandteil. Der Abschluss des Konzessionsvertrags mit der CKW ist ausschliesslich Sache der Gemeinde. Wir können darauf keinen Einfluss nehmen.

Die Pflichten der CKW als Netzbetreiberin, die Netznutzungstarife und die Stromtarife der Endverbraucher in der Grundversorgung (Jahresverbrauch unter 100'000 kWh) werden durch das Bundesgesetz über die Stromversorgung und die zugehörige Verordnung geregelt und durch die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) überwacht. Der Kanton hat somit nach dem Bundesrecht keine Möglichkeit, auf die Preispolitik der CKW Einfluss zu nehmen. Der Kanton hat auch als Aktionär keinen direkten Einfluss auf die operativen Geschäfte der CKW. Durch das Verwaltungsmandat von Max Pfister kann der Kanton indirekt Einfluss auf die operativen Geschäfte der CKW nehmen.

2. Wie wertet der Regierungsrat den neu vorgelegten Konzessionsvertrag?

Wie bereits erwähnt, liegt der Abschluss des Konzessionsvertrags mit der CKW ausschliesslich in der Kompetenz der Gemeinden. Es liegt an diesen, den Vertrag zu beurteilen. Immerhin kann hier festgehalten werden, dass der neue Konzessionsvertrag während rund zwei Jahren zwischen dem Verband Luzerner Gemeinden (VLG) und der CKW ausgehandelt wurde. Das Ergebnis wurde im Auftrag des VLG durch einen schweizweit anerkannten Rechtsexperten begutachtet. Dieser kam zum Schluss, dass der ausgehandelte Konzessionsvertrag den Vorgaben des Bundesrechts und dem heutigen Stand für derartige Verträge entspreche und insgesamt sachgerecht und ausgewogen sei.

3. Was meint der Regierungsrat zur beabsichtigten Monopolstellung der CKW?

Da es aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen keinen Sinn macht, parallele Elektrizitätsnetze zu erstellen, stellen die bestehenden, sich im Eigentum der Werke (CKW, EWL usw.) befindenden Netze natürliche Monopole dar. Die CKW ist aber - wie die übrigen Netzbetreiber - aufgrund der bundesrechtlichen Regelung verpflichtet, ihr Netz diskriminierungsfrei zum Stromtransit zur Verfügung zu stellen. Die Berechnung des dafür zu leistenden Entgelts ist im Bundesrecht abschliessend geregelt.

Die im Vertrag vorgesehene Dauer der Konzessionserteilung von 25 Jahren, welche im angeführten Gutachten angesichts der auf dem Spiel stehenden Investitions- und Rechtssi-

cherheitsinteressen als vertretbar beurteilt wird, sichert die Planung der Netze, den Ausbau und die Erneuerung der Anlagen und Leitungen. Die Nutzungsdauer von elektrischen Verteilanlagen beträgt zwischen 20 und 60 Jahren. Entsprechend diesen langen Investitionszyklen ist die ausgehandelte Konzessionsdauer für einen nachhaltigen Betrieb des Netzes gerechtfertigt.

4. Der Kanton will Steuererleichterungen gewähren. Gleichzeitig zieht er als Miteigentümer der CKW den Stromkonsumenten das Geld wieder aus der Tasche. Die Kaufkraft wird stark vermindert. Was meint der Regierungsrat dazu?

Wir wollen, dass die Luzerner Bevölkerung über eine hohe Kaufkraft verfügt. Um dieses Ziel zu erreichen, gestalten wir die uns zur Verfügung stehenden Handlungsfelder entsprechend, z.B. verfolgen wir die Politik der Steuerentlastungen in kleinen Schritten. Wie unter Frage 1 erklärt, kann der Regierungsrat keinen direkten Einfluss auf die Preispolitik der CKW ausüben.

5. Die Konzessionsabgaben müssen neu für Kunden transparent sein. Sie werden im neuen Vertrag neu geregelt. Die Gemeinden verzichten neu auf einen Teil der Rabatterlöse. Für entgangene Rabatterlöse will die CKW die Gemeinden entschädigen, allerdings nur, wenn sie den neuen Konzessionsvertrag auf den 1. Januar 2010 in Kraft setzen. Das bringt Gemeinden, deren alter Vertrag noch etliche Jahre läuft, unter Zwang, noch in diesem Jahr einen neuen Vertrag zu unterschreiben. Die CKW setzt so die Gemeinden unter Druck. Wie gewichtet der Regierungsrat dieses Faktum?

Bisher zulässige Rabatte der CKW für gemeindeeigene Betriebe, wie sie in den noch bestehenden Konzessionsverträgen zwischen CKW und den Gemeinden vorgesehen sind, sind mit dem neuen Stromversorgungsgesetz nicht mehr vereinbar. Der VLG konnte für die Gemeinden eine einmalige Abgeltung für die gesetzlich nicht mehr zulässigen Rabatte aushandeln.

Der Regierungsrat war an den Verhandlungen nicht beteiligt. Die Konzessionsverträge liegen in der Autonomie der Gemeinden. Wir stellen jedoch fest, dass das neue Stromversorgungsgesetz ein neues Vertragswerk nötig macht, weil die bisherige Regelung mit den Rabatten für gemeindeeigene Betriebe nicht mehr zulässig ist. Der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) hat den Vertrag mit der CKW ausgehandelt, mit dem Ziel, das bestmögliche Resultat für die Gemeinden zu erreichen.

Luzern, 17. November 2009 / RRB-Nr. 1325